

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,
Telegraph Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postsekretariat: Dresden 153
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 289.

Montag, 14. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für eine 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckte und tabellarische Tafeln 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermittelter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eines Kuponenscheins in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Kasse". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gertrudenstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Dr. Koch übernimmt die Regierungsbildung.

Berlin. Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsminister a. D. Dr. Koch (Dem.) zu einer Aussprache über die zur Zeit gegebene politische Lage und die Regierungsbildung. Er richtete hierbei an Herrn Dr. Koch das Ersuchen, auf der Grundlage der Großen Koalition die Regierungsbildung zu übernehmen. Reichsminister a. D. Dr. Koch erklärte sich zur Annahme dieses Auftrages bereit.

Hg. Koch-Weser über sein Programm.

Berlin. (Zuspruch.) Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, erklärte Hg. Koch-Weser, er habe den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung des Kabinetts angenommen, weil er die alsbaldige Bildung einer Wehrheitsregierung für eine Notwendigkeit ansehe und es nicht genüge, den Gedanken der Großen Koalition nur zu empfehlen, sondern weil es darauf ankomme, sich dafür mit der Tat einzusetzen. Es sei erforderlich, die Hindernisse klarzustellen, die sich ihr entgegenstellen und alles dazuzusetzen, sie zu überwinden.

Rehnbach hat abgelehnt.

Berlin. Der Herr Reichspräsident hatte gestern vormittag eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler a. D. Rehnbach über die politische Lage und die Regierungsbildung. Hierbei richtete der Herr Reichspräsident an den Abgeordneten Rehnbach die Frage, ob er bereit wäre, einen Auftrag zur Führung der Verhandlungen über die Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition zu übernehmen. Der Abgeordnete Rehnbach erwiderte, daß er sowohl aus persönlichen Gründen wie auch im Hinblick auf die Auffassung der Zentrumsfraktion nicht in der Lage sei, einen solchen Auftrag anzunehmen; das Zentrum beabsichtige nicht, die Führung bei der Regierungsbildung zu übernehmen oder gar auf den Kaiserlichen Anspruch zu erheben. Seine Ablehnung gelte daher nicht nur für seine Person, sondern für das Zentrum überhaupt.

Entscheidende Sitzung der demokratischen Fraktion.

Berlin. Die die Telegraphen-Union erfährt, ist für Montag nachmittag um 2 Uhr eine Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion angelegt worden, in der der Vorsitzende Reichsminister a. D. Koch über seine Besprechungen mit dem Reichspräsidenten Bericht erstatten wird. In dieser Sitzung werden dann entscheidende Beschlüsse gefaßt werden.

Der Reichstagspräsident Loebe 50 Jahre alt.

Berlin. Der Reichstagspräsident Loebe feiert heute am 14. Dezember auf die Vollendung seines 50. Lebensjahres zurückblicken. Paul Loebe wurde am 14. Dezember 1875 in Legau geboren. Er besuchte dort von 1882 bis 1890 die Volkshochschule und trat dann in seine Lehrtätigkeit als Schriftföhrer. In diesem Beruf war er bis zum Dezember 1898 tätig, die Wanderschaft führte ihn dabei durch Süddeutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien und die Schweiz. Im Jahre 1899 trat er in die Redaktion der "Breslauer Volkskraft" ein, für welche er noch tätig ist. Als Redakteur dieses Blattes wurde Loebe mehrfach wegen politischer Vergehen mit Gefängnis bestraft, zuletzt 1905 wegen angeblicher Aufreizung zum Massenmord mit einem Jahr, das er in der Strafanstalt Mollath verbüßte. Seit 1905 ist Loebe Stadtverordneter in Breslau, seit 1915 auch Provinziallandtags-Abgeordneter für Schlesien. Im Oesterreichisch-deutschen Volksbund für den Anstich Oesterreichs an die Deutsche Republik hat er das Amt des Präsidenten. In der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919/20 gehörte er dem Präsidium als einer der Vizepräsidenten an, er wurde dann zum ersten Male 1920 zum Präsidenten des Reichstages erwählt und befehlt dieses Amt bis zum Schluß der ersten Wahlperiode 1924. Infolge der Wahlen von 1924 wurden die Deutschen Nationalen im Reichstag die stärkste Fraktion, und anstelle Loebes wurde der Abg. Wallat zum Präsidenten gewählt. Nach den Dezemberwahlen von 1924, als die sozialdemokratische Partei wieder die stärkste Fraktion geworden war, wurde Loebe, der in seiner vorherigen Amtsführung sich die größte Anerkennung bei allen Parteien erworben hatte, ohne Stichwahl sofort im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit zum zweiten Male zum Präsidenten des Reichstages erwählt.

Fadelszug zu Ehren Loebes.

Breslau. Dem Reichstagspräsidenten Loebe, der am Sonntag in Breslau weilte, wurde aus Anlaß seines heutigen 50. Geburtstages gestern abend vom hiesigen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dessen Reichsausgleichsmittel der Jubilar ist, ein Fadelszug dargebracht. Loebe nahm vom Balkon des Gemeindefausthauses die Guldigung entgegen.

Reichskanzler Dr. Luther bei Loebe.

Berlin. (Zuspruch.) Reichskanzler Dr. Luther hat heute mittag dem Reichstagspräsidenten Loebe einen Besuch abgestattet und ihm zur Vollendung des 50. Lebensjahres die herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung ausgesprochen.

Staatssekretär Dr. Reichner hat um 1/2 Uhr namens und im Auftrag des Reichspräsidenten von Hindenburg dessen herzlichste Glückwünsche dem Reichstagspräsidenten überbracht.

Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung beschlossen

Deutscher Reichstag.

von Berlin, den 12. Dez. 1925.

Am Regierungstische: Kommissar.
Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 30 Min. In den Vermittlungsrat der Reichspost wird der Abgeordnete Torgler (Komm.) gewählt.
Es folgt die zweite Lesung des

Deutsch-russischen Handelsvertrags.

Abg. v. Frensdorff-Vorinsdowen (Dnat.) stimmt dem Vertrage zu und hebt hervor, daß seine Freunde sich immer für ein gutes Verhältnis zu Rußland ausgesprochen hätten. Die erste Lesung hat im allgemeinen Einmütigkeit für die Verträge ergeben. Der Abg. Wirth hat jedoch gegen einen vermeintlichen Frontwechsel der Deutschnationalen polemisiert und aus diesem Frontwechsel wieder eine Rechtfertigung der Rapallo-Politik abgeleitet. Das ist unrichtig. Meinungsverschiedenheiten über Rapallo haben in allen Parteien bestanden. Der Streit darum hat nur historischen Wert. Heute muß gerade angesichts Socarno betont werden, daß wir freie Hand im Osten und Freundschaft mit dem russischen Volke wünschen. Den Volkswissenschaftlern wir nach wie vor ab. Die Verträge selbst weisen zahlreiche Mängel auf. Wirtschaftlich bringt das Außenhandelsmonopol unsere Einfuhr in volle Abhängigkeit vom Außenhandelskommissariat. Der Redner schloß, alle diese Mängel vermögen die politische, fast möchte ich sagen, symbolische Bedeutung der Verträge nicht zu verdrängen. (Beifall.)

Abg. Dr. Haas (Dem.) weist darauf hin, daß der vorliegende Vertrag nur die Fortsetzung des Rapallovertrages sei. Die deutsche Wirtschaft müsse mit den handelsrechtlichen Verhältnissen in Rußland rechnen und dürfe sich nicht dem Traum hingeben, daß in Rußland wieder die freie Wirtschaft eingeführt werden könne. Den deutschen Kolonien in Rußland werde das Recht gewahrt, ihre Kinder in ihrer Religion zu erziehen.

Abg. v. Graefe (Bisf.) bezeichnet die deutsche Außenpolitik als verfehlt und untragbar.

Abg. Tausch (DVP.) betont die Notwendigkeit des Vertrages. Es sei schwierig, zwischen zwei so verschiedenen Wirtschaftskörpern einen Handelsvertrag abzuschließen. Der deutsche Kaufmann, der sich in Rußland erkundigt, wenn er Kredit geben könne, gerate in Gefahr, wegen Handelskennzeichen verhaftet zu werden. Das deutsche Privatvermögen müsse geschützt werden.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vereinig.) hebt hervor, daß Deutschland bei Verträgen mit Rußland immer benachteiligt sein werde, weil die russische Gesetzgebung ja nicht geändert werden könne.

Abg. Raach-München (Dnat. VV.) sieht in dem russischen Außenhandelsmonopol eine Schutzwehr gegen die deutsche Einfuhr. Den Löwenanteil am Vertrage habe Rußland.

Der deutsch-russische Handelsvertrag wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Erwerbslosenfürsorge.

Es folgt dann die Beratung der Anträge betreffend die Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Erking (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen des Haushalts-Ausschusses. Dieser beantragt, die Unterstützungslöhne in der Erwerbslosenfürsorge mit sofortiger Wirkung für Hauptunterstützungsbemessler um 20 Prozent und für unterstützungsberechtigte Angehörige um 10 Prozent zu erhöhen. Die Höchstgrenzen für eine Familienunterstützung sollen ebenfalls um 10 Prozent erhöht werden.

Abg. Anshäuter (Sos.) bezieht die Wirtschaftskrise, an der die Unternehmer schuld seien. Die Reichsregierung und die Industriefraktion tragen die Verantwortung für die unhaltbaren Zustände. Man solle nicht die Angehörigen abgeben, sondern die Direktoren. Dr. Luther habe sich als Vertreter des antisozialen Unternehmertums bestätigt. Er habe für die Massen der Erwerbslosen nichts übrig, wohl aber für den arbeitslosen Minister Schiele (Heiterkeit links). Die Arbeiterklasse werde sich mit dem jetzt gewährten Almosen nicht begnügen.

Abg. Hädel (Komm.) hält die vom Ausschuss vorgeschlagenen Unterstützungssätze für völlig unzureichend und fordert eine sofortige Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge um 100 Prozent. In diesen Monaten sei die Zahl der unterstützten Erwerbslosen auf über 700 000 gestiegen. Man könne mit einem wöchentlichen Steigen dieser Ziffer um 100 000 rechnen. Die Gesamtzahl der Unterstützten und der nicht unterstützten Erwerbslosen werde etwa 2 Millionen betragen. Einer vierköpfigen Familie will man nur 17 Mark pro Woche geben. In Dortmund seien jetzt 17 Familien, deren Ernährer erwerbslos sind, auf das Straßenspflaster gesetzt und dann in einer Turnhalle untergebracht worden.

Abg. Schiele (Dnat.) teilt mit, daß Minister a. D. Schiele, der sich heute gegen die Angelegenheit der jetzigen Bestimmungen über die Ruhegehaltsbesätze der Minister ausgesprochen habe, die ihm zusehenden Bezüge der Organisation der Kriegsbündnisse zur Verfügung stelle. (Beifall rechts, Lärm b. d. Komm.) Minister Schiele lege Wert darauf, auch jetzt schon in seinen Bezügen nicht besser gestellt zu sein, als es kommende neue Bestimmungen festlegen würden. — Der Redner teilt weiter mit, daß die Deutschnationalen Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht hat, der eine Devisenfrist fordert über die Anzahl, Höhe und Verzinsungsart der seit der Staatsbankrottierung für Reichskanzler und Reichsminister ichtgelegten Ministerbezüge.

schäfter. Ferner wird die sofortige Vorlegung eines Gegenentwurfes verlangt, der die Pensionverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister den jetzigen Verhältnissen entsprechend revidiert. Der Redner stellt fest, daß die Deutschnationalen Partei zur Bewilligung von Notstandsbekanntnissen bereit sei.

Abg. Andre (Zentr.) erklärt, die Arbeitslosenunterstützung sei nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern auch ein soziales und politisches.

Eine Erhöhung der Unterstützungen sei durchaus wünschenswert, bei der mangelhaften Finanzlage könne man aber über die Ausschussbeschlüsse nicht hinausgehen. Man dürfe bei der Beurteilung der Lage nicht alles pessimistisch sein, weil man sonst in eine Katastropheneinstimmung hineinkomme. So falsch sehe es der Wirtschaft aber nicht. Die Zahl der Konturisten des vergangenen Jahres sei gegenüber der Vorkriegsziffer geringer. Gemäß sei die Wirtschaftslage ernst, aber auch das Siegerland England habe 1 1/2 Millionen Erwerbslose. Eine Befreiung unserer Verhältnisse werde erst kommen, wenn wir die allzu große Schwere bei der Freigehaltung überwinden. Mit Vorkriegslöhnen sei allerdings unserer Wirtschaft nicht zu helfen, denn die innere Konjunktur müsse gehoben werden. Keine Fraktion habe versucht, möglichst viel für die Arbeitslosen herauszubringen. Aber wir jetzt keine aktionsfähige Regierung, es sei Aufgabe der Parteien, möglichst bald eine Regierung zuzubringen. (Zwischenrufe b. d. Sos.) Sie haben das in der Hand. Agitatortische Anträge sind zwecklos. Der den Arbeitslosen helfen will, muß die Verantwortung mit übernehmen. Sie (zu den Sos.) sollten helfen, noch vor Weihnachten eine Regierung zuzubringen zu lassen, die eine wirksame Aktion für die Arbeitslosen unternehmen kann. Unmöglich sei es, den Erwerbslosen mehr zu geben, als der Lohn betrage. (Zurufe der Sos.: Warum nicht! — Lärm bei den bürgerl. Parteien.) Wer in der Arbeit ist, muß mehr Einkommen haben, weil er auch mehr Opfer zu bringen hat. (Beifall im Zentr.)

Abg. Biegler (Dem.) bedauert die Ablehnung der demokratischen Anträge im Ausschuss. Die jetzige geschäftsführende Regierung habe die Bewilligung größerer Mittel verhindert. Man wolle sich mit den Ausschussbeschlüssen abfinden, damit die Arbeitslosen überhaupt noch etwas vor Weihnachten erhalten. Aber das sei alles Hülfswerk, ein neues Gesetz müsse kommen.

Abg. Beiers-Dresden (Wirtsch. Vereinig.) warnt davor, die jetzige Krise als eine Notwendigkeit anzusehen. In Deutschland könne noch 100 000 Hektar Weideland in fruchtbares Ackerland verwandelt werden. Wichtige als Unterstützungen sind Arbeitsmöglichkeiten.

Abg. Schwarzer (Dnat. VV.) erinnert die Kommunisten daran, daß Tausende ihrer Kinder aus den Mitteln der öffentlichen Wohlfahrtskassen unterrichtet werden. Der Redner warnt die Linke vor agitatorischen Fragen die vor der Wirklichkeit nicht bestehen können. Bei jeder Ausgabe müsse die Fortfrage gestellt werden, wie die Mittel gedeckt werden sollen. Bei 600 000 Arbeitslosen würde eine Erhöhung um 30 Prozent monatlich 5 Millionen Mark mehr erfordern, wobei noch gar nicht abzusehen ist, ob die Arbeitslosenziffer nicht noch mehr anwächst. Eine endgültige Lösung der Unterstützungsfrage kann erst im Januar erfolgen.

Abg. Sühr (Bisf.) wirft dem Reichskanzler Dr. Luther vor, er habe in der Erwerbslosenfürsorge Diktatorrollen gespielt.

Abg. Dismann (Sos.) erklärt, man dürfe sich nicht hinter die Finanzen verstecken, um den Arbeitslosen das vorzuenthalten, was sie zum Leben brauchen. Die Reparationslasten seien die Fesseln der Politik Wilhelms II.

Abg. Schüh (Komm.) empfiehlt nochmals die kommunikativen Anträge.

Damit schließt die Aussprache. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge werden abgelehnt.

Vor der Abstimmung über die Ausschussanträge erklärt Abg. Koch (Sos.), daß seine Partei alles versucht habe um höhere Sätze zu erreichen, daß sie jetzt aber für die Ausschussbeschlüsse stimmen würde, um den Arbeitslosen wenigstens etwas zuzuwenden.

Die Ausschussbeschlüsse werden darauf gegen die Kommunisten angenommen. Danach werden also die Unterstützungsätze in der Erwerbslosenfürsorge mit sofortiger Wirkung für Hauptunterstützungsbemessler

um 20 Prozent erhöht,

für unterstützungsberechtigte Familienangehörige um 10 Pr. Die Höchstgrenzen für eine Familienunterstützung werden ebenfalls um 10 Prozent erhöht.

Das Haus verläßt sich. Montag 3 Uhr: Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter, Entlastung des Reichsgerichts, Schluß 4 1/2 Uhr.

D. Windler

Führer der evangelischen Kirche Preußens.

von Berlin. Am sechsten Verhandlungstage der General synode der evangelischen Kirche Preußens konstituierte sich der Kirchenrat, die Spitze der evangelischen Kirche Preußens nach ihrer neuen Verfassung. Vorsitzender ist verfassungsgemäß der Präses der General synode, der zuerst der bekannte Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei und Abg. des Preussischen Landtags D. Windler ist. Stellvertretender Vorsitzender wurde der Reichstagsabgeordnete D. Wolff-Raden.